

Asyl zwischen Quote und Einzelschicksal

Nach der Erhöhung der Asyl-Quote stehen Landkreis und Kommunen vor einer riesigen Herausforderung. Wie dramatisch einzelne Fälle verlaufen können, zeigt unterdessen das Beispiel einer jungen Frau aus Syrien

VON THOMAS STEINHARDT

Landkreis – Die 28-jährige lebt zusammen mit ihrer Familie in einem Allinger Ortsteil. Sie sollte gestern nach dem Dublin-Abkommen nach Italien abgeschoben und damit von ihren Eltern und ihren fünf Geschwistern getrennt werden. In letzter Sekunde wurde das verhindert: Aufgrund gesundheitlicher Probleme kam die Frau in ärztliche Behandlung. Anders als andere Mitglieder der Familie hatte die junge Frau keinen

Widerspruch gegen ihren Abschiedsbescheid eingelegt. Sie war zunächst in einem anderen Heim untergebracht als ihre Familie. Der Fall ist nun offen: Alles hängt von der ärztlichen Diagnose ab.

Ganz unabhängig davon muss der Landkreis insgesamt wesentlich mehr Asylbewerber aufnehmen, als bislang gedacht. Rechnet man damit, bis Jahresende 2000 Flüchtlinge unterbringen zu müssen, so werden nun 3000 erwartet. Diese Zahl beruht auf einer Prognose des Bundesamts für Migration. In den Ländern rechnet man eher mit einem noch größeren Zustrom, berichtete gestern Ines Roellecke vom Landratsamt.

Im Moment leben im Landkreis 1350 Asylbewerber, wobei diese Zahl täglich stark schwanken kann, weil die Fluktuation in der Dependence am Fliegerhorst groß ist. Bis Jahresende wäre es auch

gelungen, Platz für 2000 Flüchtlinge zu schaffen, berichtete Landrat Thomas Karmasin gestern nach einer Besprechung mit den Bürgermeistern. Wie die Anzahl nach der neuen Prognose zu schätzen sein wird, weiß er auch nicht. „Wir setzen unsere Anstrengungen fort und verstärken sie.“ Die Lage sei

allerdings vergleichbar mit einem Hamsterrad, das immer schneller läuft und so die Sorge nähert, dass es irgendwann kollabieren könnte. Die 3000, glaubt Karmasin, werden wohl zu schaffen sein. Aber auch 2016 werde der Zustrom wohl nicht versiegen. Irgendwann droht dann die Notwendigkeit, die Rücksicht auf die

bislang gepflegte Verteilungsgerechtigkeit über die einzelnen Kommunen sausen zu lassen.

Eines der Probleme laut Karmasin: Die lange Dauer der Asylbewerber-Verfahren, die es verhindert, dass vorhandene Plätze auch wieder frei werden. Außerdem treibt Karmasin die Sorge um die

Die neue Verteilung auf die Kommunen

Das Landratsamt hat den bestehenden Plan zur Verteilung der Asylbewerber auf die Kommunen an die neuen Herausforderung angepasst.

Demnach müssen die Kommunen Plätze wie folgt schaffen: Adelshofen 41; Alling 74, Altheingenberg 49, Egenhofen 87, Eichenu 147, Emening 90, Fürstenfeldbruck 424, Germering 448, Grafath 64, Gröbenzell 234, Hattenberried 30, Jesenwang 40, Kottgensing 31, Landsberied 38, Maisach 231, Mammendorf 85, Mittelstetten 49, Moorenweis 113, Oberschweinbach 31, Otching 340, Puchheim 240, Schöngensing 43, Türkenfeld 68.

Der Verteiler-Schlüssel berücksichtigt die Fläche (20 Prozent Gewichtung) einer Gemeinde, die Einwohneranzahl (70 Prozent Gewichtung) und den Ausländeranteil (zehn Prozent Gewichtung). **Eine gesammelte Veröffentlichung** der bisher schon geschaffenen Plätze je nach Kommune („Quotencheck“) lehnten die Bürgermeister in ihrer Dienstbesprechung ab. Klar ist aber, dass etwa die Stadt Fürstenfeldbruck ihre Quote vor allem dank Fürsty deutlich übererfüllt und dass andere Gemeinden stark hinterher hinken. Teils wurden händelnd gesuchte Unterkünfte mit Baurechts-Argumenten verhindert.

st

Helferkreise und deren dringend notwendigen Einsatz um. Die Frage ist: Wie lange können sie wie viel schultern? Emmenings Rathaus-Chef Michael Schandler betonte als Sprecher der Bürgermeister im Landkreis, dass der Wille zur Lösung vorhanden sei. Die Politiker direkt vor Ort und der Landrat stünden vor einem Problem, für das sie aktuell keine Lösung anbieten können. Unter den Bürgermeistern werde die politische Großwetter-Lage beklagt. Laut Landratsamt bezweifeln einige Bürgermeister aber auch, dass die neuen Zahlen für ihre Kommune leisbar sind. Eine Herausforderung stellen auch anerkannte Flüchtlinge dar: Sie brauchen ebenfalls Wohnraum. Die Kommunen wollen daher untersuchen, ob und wieweit Flächen zur Bebauung ausgewiesen werden könnten.